

Pressemitteilung

## **ZIA begrüßt Renewed Sustainable Finance-Strategie und Vorschlag zu Green Bonds – Praxistaugliche Ausgestaltung muss nun folgen**

**Berlin, 06.07.21** – Der ZIA unterstützt die Renewed Sustainable Finance-Strategy und den Vorschlag einer Green Bonds Verordnung, fordert aber eine stärkere Verzahnung von Finanzmärkten mit der Realwirtschaft.

Die heute von der Kommission vorgelegte Strategie konkretisiert den bereits vor Jahren eingeschlagenen Weg hin zu einem deutlichen Ausbau nachhaltiger Finanzierung. Sie flankiert durch die Einführung weiterer Standards und Labels die bekannten, höchst ambitionierten Klimaziele der Europäischen Union. Insbesondere stellt sie die Transformation der Wirtschaft noch einmal deutlicher in den Vordergrund.

„Die Immobilienwirtschaft stellt sich ihrer Verantwortung und die ZIA-Mitglieder werden einen großen Beitrag zu einem nachhaltigeren Finanzmarkt leisten“, so Jochen Schenk, Vizepräsident des ZIA. Die Realisierbarkeit der umfassenden Detailregelungen gelinge aber nur, wenn alle an einem Strang ziehen. Schon die aktuellen Vorgaben der Taxonomie und Offenlegungs-VO stellen die Kapitalmarktteilnehmer vor große Herausforderungen bei der Datenermittlung. „In der Praxis können wir unser gemeinsames Ziel, Finanzströme in Nachhaltigkeit umzulenken, nur dann erreichen, wenn wir die erforderlichen Daten über Gebäudebestände bekommen. Nur so können wir nachhaltige Finanzprodukte aufsetzen, deren Nachhaltigkeitskriterien auch einheitlich erhoben wurden. Als Spitzenverband stehen bereit, um hier gemeinsam weitere Lösungen zur

Standardisierung an der Schnittstelle zwischen Finanz- und Realwirtschaft zu entwickeln“, so Schenk abschließend.

Zu den angekündigten Neuregelungen für die Banken merkt Sabine Barthauer, stellvertretende ZIA Ausschussvorsitzende Finanzierung an: „Bei den geplanten Neuanforderungen an das Risikomanagement der Banken sollte ein intelligenter Mix aus Standardsetzung und Passgenauigkeit entstehen. Denn Klimarisiken sind nicht gleich Klimarisiken – schon in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU können diese sehr verschieden sein. Den Aufsichtsbehörden muss also ausreichend Spielraum für ihre Leitlinien vorbehalten bleiben.“ Beim Prüfauftrag zu den veränderten Eigenkapitalvorschriften mahnt Frau Barthauer an: „Ein immer weiterer Anstieg der Eigenkapitalanforderungen führt am Ende zur Verknappung des Angebots. Hierbei müssen auch die Auswirkungen der Basel-III-Vollendung in Betracht gezogen werden.“

Den Vorschlag zu einer Green Bond Verordnung bewertet Frau Barthauer grundsätzlich positiv als einen weiteren Schritt zu mehr Standardisierung und Rechtssicherheit. „Die Details werden wir uns dennoch genau anschauen müssen“, sagte Barthauer abschließend.

## **Hintergründe:**

### 1. Renewed Sustainable Finance-Strategy

Die Europäische Kommission schlägt vor, dass die Taxonomie künftig neben den weiteren Umweltzielen auch soziale Aspekte stärker berücksichtigen und in Richtung der Transitionstätigkeiten ausgebaut werden. Eine Erweiterung der Offenlegungsverordnung ist genauso geplant, insbesondere bei den nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren (sog. Principal Adverse Impacts, PAIs). Ferner werden weitere Produktlabel für transitional oder sustainability-linked bonds vorgeschlagen. Zudem soll untersucht werden, durch welche Maßnahmen eine Stärkung des Marktes für ESG-Ratings zu erreichen ist. Von besonderer Bedeutung ist auch die

weitergehende Berücksichtigung von ESG-Faktoren im Risikomanagement von Banken.

## 2. Entwurf für eine Green Bonds Verordnung

Mit dem Vorschlag einer Europäischen Green Bonds Verordnung schlägt die Kommission ein verbindliches Regelwerk für die Emission grüner Anleihen vor. Sie werden als wichtiger Baustein angesehen, die Finanzierung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen voranzutreiben. Damit hebt die Kommission ihre bisherigen Green Bonds Standards nun in einen Gesetzesrang. Hiermit soll auch dem green washing begegnet werden. Niemand wird gezwungen Europäische Green Bonds (EuGB) aufzulegen, aber wer es tut, muss die Regeln beachten.

### **Der ZIA**

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 28 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

### **Kontakt**

Stefan Weidelich  
ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.  
Leipziger Platz 9  
10117 Berlin  
Tel.: 030/20 21 585 49  
E-Mail: [Stefan.Weidelich@zia-deutschland.de](mailto:Stefan.Weidelich@zia-deutschland.de)  
Internet: [www.zia-deutschland.de](http://www.zia-deutschland.de)